

Teilerfolg für einige Revoluzzer

Höchstgericht entschied, dass Netzbetreiber den Strom nicht einfach abdrehen dürfen, wenn sich Kunden gegen den Einbau eines Smart Meter wehren. Das letzte Wort ist aber nicht gesprochen.

FRITZ PESSL

BADEN, WIEN. „Die Weigerung des Netzkunden, einen Smart Meter einbauen zu lassen, rechtfertigt nicht die Drohung mit der Stromabschaltung durch den Netzbetreiber.“ Diese bemerkenswerte Entscheidung traf der Oberste Gerichtshof (OGH) vor sechs Wochen. In dem Fall hatte ein Akademiker aus der Steiermark gegen den Netzbetreiber geklagt.

Und zwar nachdem er im Juli 2024 folgendes Schreiben erhalten hatte: „Achtung! Sollten Sie uns den Zutritt zur Messeinrichtung für den Zählertausch weiterhin nicht gewähren, sehen wir uns gezwungen, folgende Schritte einzuleiten: Trennung der Anlage vom Verteilnetz sowie die Verrechnung der dadurch entstehenden Mehrkosten.“ Noch am selben Tag richtete der Kläger einen Antrag auf ein Streitschlichtungsverfahren wegen der angedrohten Stromabschaltung an die Regulierungskommission bei der Energie-Control Austria.

Das Höchstgericht stellte klar, dass der Netzbetreiber „nicht berechtigt ist, ihr Recht auf Einbau eines Smart Meter durch Androhung der Stromabschaltung im Wege der Selbsthilfe durchzusetzen, statt gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen“. Der OGH verwies damit auf



Die digitale Stromablesung wird durchaus kritisch beäugt. BILD: SN/SW/ROBERT RATZER

die Schlichtungsstelle, die in der Sache selbst zu entscheiden hat.

Seit Jahren kämpfen einige Hundert hartnäckige Gegner der digitalen Stromzähler, die in ganz Österreich die analogen Ferrari-Zähler ersetzen sollen, gegen die Macht der Energiekonzerne. Mit mäßigem Erfolg, denn wie ein Insider in der E-Wirtschaft erzählt, seien beispielsweise in Niederösterreich mittlerweile 99,9 Prozent aller Messgeräte auf digital umgestellt.

In der Steiermark seien noch rund 20.000 Zähler ausständig, sagt Franz Strempl, Geschäftsführer der Energienetze Steiermark.

Darunter zahlreiche Renitente, die künftig keine Drohbriefe mehr erhalten sollen, um das Ziel der Vollversorgung mit Smart Meter zu erreichen. „Es ist Gegenstand der internen Überlegungen, wie wir weiter vorgehen“, so Strempl.

Peter Juric aus Bad Ischl ist einer der Gegner, dem die Netz OÖ im Oktober 2023 den Strom abdrehete. „Wir sind jetzt autonom. Wir ließen uns eine Photovoltaikanlage einbauen und heizen mit zwei Holzöfen. Holz macht gute Stimmung im Haus“, sagt der 66-Jährige gut ein Jahr später. „In der Übergangszeit, bei wenig Sonnenschein, muss man

Strom sparen.“ Ihn ärgert, wie die Energie AG OÖ mit einem stets guten Stromkunden umgegangen sei.

Gottfried Forsthuber, Rechtsanwalt in Baden, vertritt immer wieder Gegner der digitalen Zähler, die sich auf der Onlineplattform Stop-Smartmeter.at zusammengeschlossen haben. „In der Energiebranche wird mit Stromkunden generell hart umgegangen. Gerade im Winter mit Stromabschaltung zu drohen ist für ein quasistaatliches Unternehmen ziemlich herzlos“, betont er.

Die Revoluzzer befürchten, dass sich über den Stromverbrauch vieles auswerten lässt – ob jemand zu Hause ist, ob gekocht wird oder andere Geräte betrieben werden. „Auch kann mit diesen Geräten der Strom aus der Ferne abgeschaltet werden (Blackout)“, ist zu lesen. Zudem hätten belgische Studien gezeigt, dass durch digitale Signale Elektrosmog erzeugt werde, der zu Schlafstörungen geführt habe.

Für E-Control-Vorstand Alfons Haber steht fest: „Die Netzbetreiber haben kein Anrecht auf eine bestimmte Technologie.“ Die Schlichtungsstelle entscheide grundsätzlich für den Einbau der Smart Meter. Die Kritiker versuche man durch Mediationsgespräche ins Boot zu holen – in den meisten Fällen gelinge das auch.

Falsche Polizisten verurteilt

Bande erbeutete insgesamt mehrere Millionen Euro.

WIEN. Fünf Männer, die sich als falsche Polizisten ausgegeben hatten, sind am Donnerstag am Landesgericht für Strafsachen zur Verantwortung gezogen worden. Die Angeklagten im Alter zwischen 21 und 26 Jahren hatten sich als sogenannte Geld- und Schmuckabholer betätigt, wobei sie während der Straftaten mit den Hintermännern per Videotelefonie über abhörsichere Messengerdienste kontinuierlich Kontakt hielten. Einem der Opfer wurde Schmuck im Wert von zwei Millionen Euro abgenommen. Der 73 Jahre alten Frau wurde im Juni 2023 telefonisch vorgemacht, eine rumänische Einbrecherbande hätte es auf sie abgesehen. Die Polizei müsse ihren Schmuck sicherstellen. Die auf den Polizeitrick spezialisierte Bande operierte von einem Callcenter im türkischen Izmir aus.

Der 26-jährige Angeklagte wurde am Ende wegen schweren gewerbsmäßigen Betrugs und krimineller Organisation rechtskräftig zu zwei Jahren unbedingt verurteilt. Er wies zwei gravierende Vorstrafen auf, darunter eine wegen schweren Raubes. Die übrigen Angeklagten erhielten teilbedingte Haftstrafen zwischen 15 und 21 Monaten. SN, APA